

17.12.97

In - FJ - Fz - V

Verordnung

**des Bundesministeriums
des Innern**

Verordnung zur Durchführung des Stellenvorbehalts nach § 10 Abs. 4 Satz 7 des Soldatenversorgungsgesetzes (Stellenvorbehaltsverordnung - StVorV)

A. Zielsetzung

Mit der Neufassung wird angestrebt, den mit der Durchführung des Stellenvorbehalts verbundenen Verwaltungsaufwand zu verringern. Gleichzeitig wird angestrebt, zur bestmöglichen Erfüllung des Gesetzeszwecks die Besetzungsquote der vorbehaltenen Stellen mit Eingliederungsberechtigten zu erhöhen.

B. Lösung

Präzisierung und Vereinheitlichung der Aufgaben der Vormerkstellen und Verkürzung der administrativen Arbeitsabläufe

Abschaffung von nicht mehr erforderlichen Verwaltungsverfahren

Stärkung der Überwachungs-/Kontrollfunktion der Vormerkstellen

Flexibilisierung und Straffung des Bewerbungsverfahrens mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand zu verringern und gleichzeitig die Eigenverantwortlichkeit des Soldaten für seine berufliche Zukunft zu stärken

C. Alternativen

Keine

...

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Entfällt

2. Vollzugaufwand

Die Neufassung der Verordnung führt aufgrund der vereinfachten und reduzierten Verwaltungsverfahren zu Minderausgaben bei Bund und Ländern.

E. Sonstige Kosten

Entfällt

Bundesrat

Drucksache 1026/97

17.12.97

In - FJ - Fz - V

Verordnung
des Bundesministeriums
des Innern

Verordnung zur Durchführung des Stellenvorbehalts nach § 10
Abs. 4 Satz 7 des Soldatenversorgungsgesetzes
(Stellenvorbehaltsverordnung - StVorV)

Der Chef des Bundeskanzleramtes
031 (132) - 372 38 - So 32/97

Bonn, den 17. Dezember 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von dem Bundesministerium des Innern zu erlassende
Neufassung der

Verordnung zur Durchführung des Stellenvorbehalts nach
§ 10 Abs. 4 Satz 7 des Soldatenversorgungsgesetzes
(Stellenvorbehaltsverordnung - StVorV)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Abs. 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.


Friedrich Bohm

**Verordnung zur Durchführung
des Stellenvorbehalts nach § 10 Abs. 4 Satz 7
des Soldatenversorgungsgesetzes
(Stellenvorbehaltsverordnung - StVorV)**

Vom

Auf Grund des § 10 Abs. 4 Satz 7 des Soldatenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1995 (BGBl. I S. 50) in Verbindung mit Artikel 10 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378; BGBl. 1994 I S. 2439) verordnet das Bundesministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung:

Abschnitt 1

**Berechnung und Bestimmung
der vorbehaltenen Stellen**

§ 1

Zuständigkeit

Für die Berechnung und Bestimmung der nach § 10 Abs. 1 und 2 des Gesetzes den Inhabern eines Eingliederungsscheins, eines Zulassungsscheins oder einer Bestätigung über den bei Ablauf der Verpflichtungszeit bestehenden Anspruch (Eingliederungsberechtigte) vorzubehaltenden Stellen sind zuständig

1. beim Bund
 - a) die obersten Bundesbehörden für ihren Geschäftsbereich oder eine von der obersten Bundesbehörde bestimmte Behörde,
 - b) die bundesunmittelbaren Körperschaften sowie die rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts für ihren Bereich,
 - c) das Bundesversicherungsamt für die seiner Aufsicht unterstehenden Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts,
 - d) der Präsident des Bundeseisenbahnvermögens für seinen Bereich,
2. bei den Ländern und für die Gemeinden (Gemeindeverbände) sowie für die der Aufsicht des Landes unterstehenden anderen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die von den Ländern bestimmten Behörden.

§ 2

Berechnung

(1) Für die Berechnung der vorbehaltenen Stellen sind innerhalb des Geschäftsbereichs der in § 1 genannten Behörden, bei denen Stellen in den Vorbehalt einbezogen sind, zusammenzufassen

1. die bei den Einstellungsbehörden zu besetzenden Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst, getrennt nach den Laufbahngruppen
 - a) des einfachen Dienstes,
 - b) des mittleren Dienstes,
 - c) des gehobenen Dienstes,außer den Stellen, die mit Absolventen der Ausbildungsverhältnisse nach Nummer 3 besetzt werden;
2. die mit Angestellten zu besetzenden freien, freierwerbenden und neugeschaffenen Stellen, die nicht einem vorübergehenden Bedarf dienen, getrennt nach den Vergütungsgruppen
 - a) IX bis X, Kr. I des Bundesangestelltentarifvertrages,
 - b) V c bis VIII, Kr. II bis Kr. VI des Bundesangestelltentarifvertrages,
 - c) III bis V a/b, Kr. VII bis Kr. X des Bundesangestelltentarifvertrages,außer den Stellen, die mit Absolventen der Ausbildungsverhältnisse nach Nummer 3 besetzt werden; bei Behörden, die nicht den Bundesangestelltentarifvertrag anwenden, sind anstelle der Vergütungsgruppen des Bundesangestelltentarifvertrags die entsprechenden Vergütungsgruppen des jeweils geltenden Tarifvertrags zu setzen;
3. vorgeschaltete Ausbildungsverhältnisse zu Nummern 1 und 2 einschließlich der Stellen für Ausbildungsverhältnisse im Beamtenverhältnis auf Probe entsprechend dem Ausbildungsziel.

(2) Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 gilt bei der Einstellung von Angestellten, die bei den Trägern der Sozialversicherung für eine dienstordnungsmäßige Anstellung ausgebildet werden, entsprechend.

(3) Die Anzahl der vorbehaltenen Stellen ist aus den nach Absatz 1 und 2 zusammengefaßten Stellen nach § 10 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zu berechnen. Hierbei sind geteilte Stellen (Teilzeitstellen) entsprechend ihrem zu besetzenden Anteil rechnerisch zu berücksichtigen.

(4) Wird in einem Kalenderjahr keine vorbehaltene Vollzeitstelle errechnet, so sind die bei der Berechnung zugrunde gelegten Stellen jeweils in das nächste Kalenderjahr zu übertragen, bis eine vorbehaltene Vollzeitstelle errechnet wird. Satz 1 gilt entsprechend, wenn bei der Berechnung ein Rest von Stellen verbleibt.

(5) Die Berechnungsgrundlagen sind den Vormerkstellen (§ 4) auf Anforderung offenzulegen.

§ 3

Bestimmung und Mitteilung der vorbehaltenen Stellen

(1) Die für die Berechnung und Bestimmung nach § 1 zuständigen Behörden bestimmen die mit Eingliederungsberechtigten zu besetzenden Stellen und teilen diese der zuständigen Vormerkstelle so frühzeitig mit, daß das Stellenbesetzungsverfahren zeitgerecht durchgeführt werden kann. Die Vormerkstelle bestimmt die jeweiligen Termine für ihren Bereich. Ihr sind folgende Angaben zuzuleiten:

1. Bezeichnung und Zahl der Stellen,
2. Laufbahngruppe oder Vergütungsgruppe und Tarifvertrag,
3. Verwaltungszweig,
4. Dienstherr oder Arbeitgeber sowie vorgesehener Dienst- oder Ausbildungsort,
5. Behörde, der Bewerber zugewiesen werden sollen,
6. Zeitpunkt der Besetzung der Stellen,
7. Einstellungsvoraussetzungen.

(2) Bei der Bestimmung der vorbehaltenen Stellen sind Stellen des nichttechnischen Dienstes und des technischen Dienstes sowie jeweils vergleichbare Angestelltenstellen entsprechend ihrem Anteil an der Berechnungsgrundlage zu berücksichtigen. Es sollen möglichst nur solche Stellen bestimmt werden, die keine besonderen Voraussetzungen wie fachspezifische Ausbildung oder mehrjährige Berufserfahrung erfordern.

Abschnitt 2 Vormerkstellen

§ 4 Einrichtung

(1) Das Bundesverwaltungsamt nimmt die Aufgaben der Vormerkstelle des Bundes wahr.

(2) Die Länder richten ihre Vormerkstellen in eigener Zuständigkeit ein.

§ 5 Aufgaben

(1) Den Vormerkstellen obliegen

1. Ermittlung der Verwendungswünsche der Eingliederungsberechtigten hinsichtlich der Laufbahn, der Einstellungsbehörde und des Einstellungstermins anhand der Bewerbungen (§ 6),
2. Prüfung der Eignung hinsichtlich der für die Einstellung geforderten schulischen und beruflichen Vorbildung,
3. Zuweisungsvorschläge an die Einstellungsbehörden zur Eignungsfeststellung und Auswahlentscheidung (§ 7),
4. Zuweisung der Bewerber nach Eignung und Neigung zur Einstellung (§ 8 Abs. 1),
5. Erstellen einer jährlichen Übersicht über die Anzahl der vorbehaltenen Stellen und der Einstellungen auf vorbehaltene Stellen, getrennt nach Laufbahngruppen und vergleichbaren Vergütungsgruppen des nichttechnischen und technischen Dienstes; die Vormerkstellen der Länder übersenden diese Übersicht jeweils bis zum 31. Mai des Folgejahres der Vormerkstelle des Bundes,
6. Erstellen eines Verzeichnisses der Einstellungsbehörden, die in dem Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Vormerkstelle dem Stellenvorbehalt unterliegen,
7. Freigabe vorbehaltener Stellen für eine anderweitige Besetzung (§ 11),
8. Überwachen der Stellenmitteilungen (§ 3),

(2) Der Vormerkstelle des Bundes obliegt als zusätzliche Aufgabe die Feststellung des Erlöschens des Rechts aus dem Eingliederungsschein nach § 9 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes (§ 12).

Abschnitt 3 Bewerbung

§ 6 Verfahren und Unterlagen

(1) Die Eingliederungsberechtigten bewerben sich über den für sie zuständigen Berufsförderungsdienst der Bundeswehr bei den Vormerkstellen, in deren Bereich sie eine Einstellung anstreben. Der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr nimmt zu der Bewerbung des Eingliederungsberechtigten Stellung.

(2) Als Unterlagen sind einzureichen

1. der bei den Vormerkstellen erhältliche Bewerbungsbogen,

2. der Eingliederungsschein, der Zulassungsschein oder die Bestätigung nach § 10 Abs. 4 Satz 4 des Gesetzes in Ablichtung,
3. Ablichtungen der Zeugnisse über die schulische und berufliche Vorbildung,
4. ein tabellarischer Lebenslauf.

Die Vormerkstellen und Einstellungsbehörden können weitere für das Eingliederungsverfahren erforderliche Unterlagen anfordern.

(3) Der Berufsförderungsdienst der Bundeswehr wirkt darauf hin, daß sich die Eingliederungsberechtigten zeitgerecht bewerben. Bewerber, die ihre Eingliederung mit Hilfe eines Eingliederungsscheins anstreben, werden vom Berufsförderungsdienst aufgefordert, ihre Bewerbung bis zur Erteilung des Eingliederungsscheins einzureichen.

Abschnitt 4 Zuweisung und Einstellung

§ 7 Zuweisungsvorschlag

Kommt ein Bewerber für die angestrebte Verwendung in Betracht, so schlägt ihn die Vormerkstelle der Einstellungsbehörde zur Eignungsfeststellung und Auswahl vor, sofern vorbehaltene Stellen zur Verfügung stehen.

§ 8 Zuweisung

(1) Ist ein Bewerber nach dem Ergebnis der Eignungsfeststellung, bei der auch das Lebensalter und die Dienstzeit in der Bundeswehr angemessen berücksichtigt werden sollen, für die Verwendung geeignet, so ist er einzustellen; sind für eine vorbehaltene Stelle mehrere geeignete Bewerber vorhanden, so trifft die Behörde unter diesen eine Auswahl. Eine Konkurrenz mit nicht eingliederungsberechtigten Bewerbern findet nicht statt. Die Einstellungszusage ist mit einer Annahmefrist zu versehen.

(2) Nach der Auswahlentscheidung weist die Vormerkstelle den vorgeschlagenen Bewerber entsprechend seinem Verwendungswunsch der Behörde zur Einstellung zu. Der Nachweis nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 ist im Original beizufügen.

(3) Tritt ein Bewerber nach Zuweisung durch die Vormerkstelle von der Bewerbung zurück, so haben er und die Einstellungsbehörde die Vormerkstelle unverzüglich zu unterrichten.

§ 9 Einstellung

(1) Die Behörde unterrichtet die Vormerkstelle unverzüglich von der erfolgten Einstellung des Bewerbers.

(2) Kann ein geeigneter Bewerber nicht eingestellt werden oder ist ein Bewerber nicht geeignet, so teilt die Behörde dies unverzüglich der zuständigen Vormerkstelle und dem Bewerber unter Angabe der Gründe mit.

(3) Kann ein Bewerber nicht entsprechend seinen Verwendungswünschen eingestellt werden, so prüft die Vormerkstelle mit dem Bewerber, ob für ihn eine anderweitige Einstellung in Betracht kommt.

§ 10 Ausscheiden vor Anstellung

(1) Soll das Eingliederungsverfahren vor der Anstellung oder der Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis beendet werden, so hat die Einstellungsbehörde dies unter Angabe des Grundes der zuständigen Vormerkstelle unverzüglich mitzuteilen.

(2) Die Vormerkstelle fordert den Eingliederungsberechtigten auf, ihr innerhalb von zwei Wochen mitzuteilen, welche Verwendung er nunmehr anstrebt und prüft entsprechende Eingliederungsmöglichkeiten. Dies gilt nicht, wenn das Erlöschen des Rechts aus dem Eingliederungsschein nach § 9 Abs. 3 Satz 2 Nr. 4 des Gesetzes festzustellen ist. Eine Durchschrift der Aufforderung wird dem zuständigen Berufsförderungsdienst der Bundeswehr zur Unterrichtung und Unterstützung der weiteren Eingliederungsbemühungen zugeleitet.

§ 11 Freigabe von Stellen

Vorbehaltene Stellen, die von der Vormerkstelle nicht mit Eingliederungsberechtigten besetzt werden können, werden auf Antrag der Behörde von der Vormerkstelle freigegeben. Der Antrag ist zu begründen. Vor der Freigabe ist eine anderweitige Besetzung nicht zulässig. Die Vormerkstelle kann die Freigabe mit der Auflage verbinden, daß diese vorbehaltene Stelle zum nächsten Einstellungstermin erneut zur Verfügung steht.

Abschnitt 5 Erlöschen des Rechts aus dem Eingliederungsschein

§ 12 Feststellung

Die Vormerkstelle des Bundes trifft die Feststellung nach § 9 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes und erteilt dem Eingliederungsberechtigten einen Bescheid, der zuzustellen ist. Der zuständige Berufsförderungsdienst der

Bundeswehr erhält hierüber eine Mitteilung, der das Original des Eingliederungsscheins beizufügen ist.

Abschnitt 6 Schlußvorschriften

§ 13 Verbleib des Eingliederungsscheins, des Zulassungsscheins oder der Bestätigung

Das Original des Eingliederungsscheins, des Zulassungsscheins und in den Fällen des § 10 Abs. 4 Satz 4 des Gesetzes zunächst das Original der Bestätigung über den bei Ablauf der festgesetzten Dienstzeit bestehenden Anspruch ist bei der Einstellung auf eine vorbehaltene Stelle zu der Personalakte zu nehmen. Bei einer Versetzung oder bei einem Wechsel des Dienstherrn verbleibt die jeweilige Urkunde in der Personalakte. Der Eingliederungsschein oder der Zulassungsschein ist in den Fällen, in denen die Einstellung auf eine vorbehaltene Stelle nicht zur Anstellung, zur dienstordnungsmäßigen Anstellung oder zur Übernahme als Angestellter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis geführt hat, der zuständigen Vormerkstelle zu übersenden. Wird der Inhaber eines Eingliederungsscheins außerhalb des Stellenvorbehalts eingestellt, so kann er - um Ausgleichszüge zu erhalten - den Eingliederungsschein bei der Einstellung zur Personalakte nehmen lassen.

§ 14 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung des Stellenvorbehalts nach § 10 Abs. 4 Satz 7 des Soldatenversorgungsgesetzes vom 16. Dezember 1969 (BGBl. I S. 2347), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 47 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378; BGBl. 1994 I S. 2439), außer Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 1997

Der Bundesminister des Innern

Begründung

A. Allgemeines

Mit der Neufassung der Verordnung wird angestrebt, den mit der Durchführung des Stellenvorbehalts verbundenen Verwaltungsaufwand zu verringern. Gleichzeitig wird angestrebt, zur bestmöglichen Erfüllung des Gesetzeszwecks die Besetzungsquote der vorbehaltenen Stellen mit Eingliederungsberechtigten zu erhöhen.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1:

nur redaktionelle Änderungen

Zu § 2:

Vorgeschaltete Ausbildungsverhältnisse werden zur Klarstellung in einer eigenen Ziffer (Ziffer 3) aufgeführt; auf die Berücksichtigung von Teilzeitstellen wird zur Klarstellung besonders hingewiesen; mit der Verpflichtung zur "Offenlegung der Berechnungsgrundlagen auf Anforderung" wird die Überwachungsfunktion der Vormerkstellen verstärkt.

Zu § 3:

Die Meldefrist wird flexibler gestaltet; die Angaben werden zur Verfahrensbeschleunigung um den "vorgesehenen Dienst- oder Ausbildungsort" ergänzt; es soll klargestellt werden, daß möglichst nur solche Stellen vorbehalten werden sollen, deren Anforderungen von den Eingliederungsberechtigten auch erfüllt werden können.

Zu § 4:

unverändert

Zu § 5 (bisher §§ 5 und 6):

Die Aufgaben der Vormerkstellen von Bund und Ländern werden in einer Vorschrift zusammengefaßt und präzisiert; auf **Verwaltungsverfahren**, die sich als nicht erforderlich bzw. als nicht zweckmäßig erwiesen haben (**Ausgleich bzw. Überleitung von Bewerbern**) wird verzichtet.

Zu den bisherigen §§ 7 bis 10:

§ 7 entfällt, da sich das "**Verzeichnis der Behörden**" für eine Bekanntgabe der Eingliederungsmöglichkeiten an die Eingliederungsberechtigten als unpraktikabel erwiesen hat; § 8 entfällt, da durch die Praxis der **Mehrfachbewerbungen** ein formalisierter Ausgleich nicht notwendig ist; §§ 9 und 10 entfallen, da aus einer Erfassung der Scheininhaber keine für das Eingliederungsverfahren konkret verwertbaren Erkenntnisse gewonnen werden können.

Zu § 6 (bisher § 11):

Zur Prüfung und Bestätigung der Bewerberdaten und zur besseren Konkretisierung des frühestmöglichen Zuweisungstermins werden die Bewerbungen über den Berufsförderungsdienst der Bundeswehr eingereicht; Flexibilisierung des Bewerbungstermins.

Zu den §§ 7 und 8 (bisher § 12):

Präzisierung des Begriffs "**Zuweisung**" durch Unterscheidung zwischen Zuweisungsvorschlag (§ 7) und Zuweisung (§ 8)

Zu § 9 (bisher § 13):

Die Bedeutung des gesetzlichen Stellenvorbehalts soll klarer zum Ausdruck gebracht werden; die formalisierte Überleitung eines Bewerbers hat sich als nicht notwendig erwiesen; das Verfahren soll zeitlich und organisatorisch gestrafft werden.

Zu § 10 (bisher § 14):

Die Vorschrift wird umfassender und klarer gefaßt; die **Verantwortlichkeit** des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr soll verdeutlicht werden.

Zu § 11 (bisher § 15):

Durch Verlagerung der Entscheidung über die Freigabe auf die jeweils zuständigen Vormerkstellen (bisher nur Vormerkstelle des Bundes) soll das Verfahren verkürzt und praxisgerechter gestaltet werden; die "ultima ratio" einer Freigabe soll verdeutlicht werden.

Zu § 12 (bisher § 16):

Auf ein förmliches Einvernehmen zwischen den beteiligten Vormerkstellen kann hier verzichtet werden.

Zu § 13 (bisher § 17):

Durch Rückgabe des Scheines an die Vormerkstelle (anstelle des Inhabers), soll einem evtl. Mißbrauch (Auszahlung der vollen Übergangsbeihilfe) vorgebeugt werden.

Zu dem bisherigen § 18:

Die Vorschrift ist entbehrlich.

C. Kosten

Die Neufassung der Verordnung hat aufgrund der vereinfachten und reduzierten Verwaltungsverfahren Minderausgaben bei Bund und Ländern zur Folge, deren Höhe jedoch nicht quantifiziert werden kann. Auf Einzelpreise, das Preisniveau und das Verbraucherpreisniveau hat die Neufassung der Verordnung keine Auswirkung.

06.02.98

**Beschluß
des Bundesrates**

Verordnung zur Durchführung des Stellenvorbehalts nach § 10 Abs. 4 Satz 7 des Soldatenversorgungsgesetzes (Stellenvorbehaltsverordnung - StVorV)

Der Bundesrat hat in seiner 721. Sitzung am 6. Februar 1998 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes mit folgender Maßgabe zuzustimmen:

Zu § 11

§ 11 ist wie folgt zu fassen:

"§ 11**Freigabe von Stellen**

Vorbehaltene Stellen, die von der Vormerkstelle bis zum Bewerbungsendtermin der jeweiligen Laufbahn nicht mit ausreichend qualifizierten Eingliederungsberechtigten besetzt werden können, gelten als freigegeben. Die jeweiligen Bewerbungsendtermine werden gesondert bekanntgegeben. Vor dem Bewerbungsendtermin ist eine anderweitige Besetzung nicht zulässig."

Begründung:

§ 11 der Verordnung sieht die Freigabe von Stellen durch die Vormerkstellen vor. In der Begründung wird die Freigabe als "ultima ratio" beschrieben. Die Regelungen und die Begründung lassen hier außer Betracht, daß die Vormerkstellen häufig für die angebotenen Laufbahnen in Höhe der vorbehaltenen Stellen gar keine Bewerber melden können.

Das vorgesehene Verfahren nach § 11 der Verordnung erschwert es, die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze rechtzeitig anderen Bewerbern, i.d.R. Schulabgängern, anzubieten. Effizienter wäre es, wenn § 11 der Verordnung eine Automatik vorsähe, die die Freigabe der vorzuhaltenden Stellen zu einem je Laufbahn festzulegenden Bewerbungsendtermin vorsieht, wenn die Vorwerkstelle nicht in der Lage war, in ausreichender Zahl qualifiziertes Personal zu vermitteln.